

Belarus ist nicht die Ukraine

Gerhard Simon

1. Einleitung

Als die Orange Revolution in der Ukraine Ende 2004 freie und faire Präsidentschaftswahlen durchsetzte, hofften viele und fürchteten andere, dass als nächstes das autoritäre Regime von Präsident Alexander Lukaschenka im benachbarten Belarus der Demokratisierung weichen müssen. Diese Erwartung lag auf den ersten Blick nahe, ist doch Belarus ähnlich wie die Ukraine ein westlich von Russland gelegenes Land, vergleichsweise europäisch geprägt und mit starken historischen Verbindungen zu Polen ausgestattet.¹

Darüber hinaus gab es vor und nach der Orangen Revolution demokratische Aufbrüche in Georgien („Revolution der Rosen“, 2003) und Kirgisien („Revolution der Tulpen“, 2005) sowie – allerdings gescheiterte – Versuche, das autoritäre Regime in Aserbaidschan abzuschütteln.² Es schien sich also um eine Art Kettenreaktion zu handeln, die sogar islamisch geprägte neue Staaten erfasste. Wie konnte die „demokratische Welle“ an Belarus vorbeigehen – einem Land in der unmittelbaren Nachbarschaft Litauens und Polens, die Motoren für die Überwindung der kommunistischen Diktatur in den Jahren der großen Wende von 1989 bis 1991 gewesen waren?

Der vorliegende Beitrag erörtert die Gründe, warum sich zwar in Belarus eine Opposition formierte, aber bislang zu schwach ist, um das autoritäre Regime erfolgreich herauszufordern. Zunächst wird der Blick auf Ge-

¹ Der Titel dieses Beitrags ist eine Adaptierung des Titels des Buches „Die Ukraine ist nicht Russland“ des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma (Leonid Kučma: Ukraina – ne Rossija. Moskau 2003).

² Vgl. Gerhard Simon: Der Wandel autoritärer Systeme. Postkommunistische Volksbewegungen für Demokratie. In: Osteuropa, 7/2006, S. 79-93.

meinsames gerichtet, das Belarus und die Ukraine verbindet; danach werden die unterschiedlichen Wege der Ukraine und von Belarus historisch und in der Gegenwart thematisiert. Schließlich geht es um die Frage, wie die Perspektiven für eine demokratische Entwicklung in Belarus unter den Bedingungen der Festigung des autoritären Systems in Russland einerseits und der Konsolidierung der Unabhängigkeit von Belarus andererseits einzuschätzen sind.

2. Gemeinsamkeiten

Als die Sowjetunion Ende 1991 auseinanderbrach, waren viele in- und außerhalb der ehemaligen Weltmacht zunächst davon überzeugt, dass zumindest die drei ostslawischen Republiken Russland, Ukraine und Belarus auch in Zukunft eine staatliche Gemeinschaft eingehen und zusammen eine Art erneuerte, verkleinerte Sowjetunion bilden bzw. nach dem Scheitern des Realsozialismus den Kern eines neuen Integrationsraumes im Osten Europas darstellen würden. Schließlich verbindet sie eine gemeinsame Kultur und Geschichte, ihre Sprachen sind eng miteinander verwandt.

Die Staatsoberhäupter der drei ostslawischen Unionsrepubliken der Sowjetunion – und zunächst nur sie allein – unterzeichneten in Beloweschskaja Puschtscha, einem Naturpark in Belarus, die Urkunden über die Auflösung der UdSSR und die Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). In dem am 8. Dezember 1991 unterzeichneten Abkommen zur Gründung der GUS hieß es: „Wir, die Republik Belarus, die Russländische Föderation (RSFSR) und die Ukraine als Gründungsstaaten der UdSSR, die den Unionsvertrag von 1922 unterschrieben haben, ... erklären, dass die UdSSR als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität aufhört zu bestehen“. Dahinter stand auch die Vorstellung, dass diese drei Republiken, die einst 1922 zusammen mit der (1936 aufgelösten) Transkaukasischen Sowjetrepublik die Sowjetunion geschaffen hatten, völkerrechtlich berechtigt und berufen seien, die Auflösung der UdSSR festzustellen und zugleich mit der Bildung der GUS den Beginn einer neuen Ära der Gemeinsamkeit zu verkünden.

In einem zweiten Auflösungs- und Gründungsakt am 21. Dezember 1991 im kasachischen Alma-Ata schlossen sich die meisten früheren Sowjetrepubliken (außer den baltischen Republiken und Georgien) zur GUS zusammen. Insbesondere die demokratischen Kräfte um den russischen Präsidenten Boris Jelzin waren davon überzeugt, dass das sowjetische Imperium zwar auf den Kehrlichthafen der Geschichte gehöre, dass sich aber die neuen demokratischen Staaten freiwillig um ein erneuertes demokratisches Russland scharen würden. Es galt als undenkbar, dass der in Jahrhunderten gewachsene gemeinsame ostslawische Raum in Nationalstaaten auseinander brechen würde, die nachbarschaftlich, aber doch distanziert nebeneinander existieren würden wie etwa Russland und Finnland oder die Ukraine und Ungarn.

Das Konstrukt von der ostslawischen Einheit gehörte seit dem späten 18. und 19. Jahrhundert zum Kernbestand der russischen Selbstwahrnehmung. Ukrainer (Kleinrussen) und Belarussen galten als Teile des russischen Staatsvolkes, ihre Sprachen als Dialekte oder allenfalls als für Folklore und mündliche Tradition geeignete Medien. Irgendeine kulturelle oder gar politische Autonomie wurde ihnen im Zarenreich bis zum Ende verweigert, ja Ukrainer und Belarussen galten als dazu weder fähig noch, so unterstellte das imperiale Selbstverständnis, strebten sie dahin – abgesehen von, so hieß es, einigen irregeleiteten Extremisten. Insofern hatten Ukrainer und Belarussen aus der Sicht des zarischen Staates, seiner Bürokratie und Bildungsschichten viel gemeinsam. Die von Ukrainern und Belarussen bewohnten Gebiete galten im imperialen Diskurs als Bestandteile des „russischen Landes“ (russkaja zemlja).

Insbesondere die imperiale Historiographie des 19. Jahrhunderts hat den Mythos von der ostslawischen Einheit kodifiziert und damit zugleich Belarussen und Ukrainer als Peripherie des einen russischen Staatsvolkes gleichgestellt. Für den russischen Historiker Wassilij Kljutschewskij (1841-1911) bestand das eigentliche Russland oder das „russische Land“, wie er es nannte, aus den Siedlungsgebieten der Ostslawen einschließlich Sibirien. Die Einwohner, nämlich Großrussen, Ukrainer und Belarussen, waren für ihn gleichermaßen „Russen“. Kljutschewskij bezeichnete die Integration der Ukraine und Belarusslands in den Moskau-

er Staat als „Lösung der russischen nationalen Frage“.³ Hier wurde also gewissermaßen in Analogie zur Nationsbildung und Nationalstaatsbildung in Westeuropa das russische Staatsvolk durch eine Gleichsetzung mit den drei ostslawischen Völkern – oder genauer gesagt: durch die Zurechnung der Ukrainer und Belarussen zu den Großrussen – „kreiert“.

Was aus imperialer russischer Wahrnehmung „die Lösung der russischen nationalen Frage“ war, bedeutete aus polnischer Sicht das Ende Polens als Staat: Das gesamte Territorium des heutigen Belarus und große Teile der heutigen Ukraine hatten zum polnisch-litauischen Staat gehört, den die benachbarten Großmächte Russland, Österreich und Preußen am Ende des 18. Jahrhunderts unter sich aufteilten. Weißrussland war das Kernland des Großfürstentums Litauen gewesen und wurde mit dem Zusammenschluss des Großfürstentums und des Königreichs Polen ein Teil der Rzeczpospolita. Bis 1697 war das Belarussische eine der Amtssprachen im Großfürstentum Litauen, bevor es vom Polnischen abgelöst wurde.

Mit den polnischen Teilungen gelangte ganz Weißrussland unter die Herrschaft des Russischen Reiches. Die rechtsufrige Ukraine ging einen ähnlichen historischen Weg. Insgesamt haben große Teile der Ukraine wesentlich länger zum Russischen Reich gehört als das heutige Belarus – die linksufrige Ukraine immerhin seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Die weiter östlich und südlich gelegenen Landesteile der heutigen Ukraine haben sogar zu keiner Zeit zum Einflussbereich einer politischen Macht und Kultur westlich der ostslawischen Siedlungsgebiete gezählt. Insofern ist also Belarus historisch stärker im Westen verwurzelt als große Teile der heutigen Ukraine. Allerdings ist hier ein großes „Aber“ hinzuzufügen: Die westliche Ukraine mit Galizien war zu keiner Zeit vor 1939 Teil des Russischen Reichs oder der Sowjetunion.

Belarussen und Ukrainer teilen also bei allen Unterschieden in Details das historische Schicksal, zwischen Polen-Litauen und Russland eine

³ Vera Tolz: Conflicting „Homeland Myths“ and Nation-State Building in Postcommunist Russia. In: Slavic Review, 2/1998, S. 267-294 (das Zitat von Kljutschewskij S. 276).

kulturelle und machtpolitische Pufferzone zu bilden, der von beiden Seiten das Recht auf Eigenständigkeit bestritten wurde. Beide Seiten verfolgten das Ziel, sich die Siedlungsgebiete dieser ostslawischen Völker einzuverleiben und ihre Sprachen und Kulturen einzuebnen und zu assimilieren. Russland war in der Neuzeit der eindeutige Gewinner.

Nach dem Ende des Zarenreiches nahm die Sowjetmacht das Ziel der Vereinigung der drei ostslawischen Völker wieder auf und führte es mit der „vierten Teilung Polens“ 1939 (mit Hitlerdeutschland) und dem Sieg im Zweiten Weltkrieg zu einem erfolgreichen Ende: Zum ersten Mal in der Geschichte gehörten alle drei Völker und die überwiegend von ihnen bewohnten Gebiete zu einem Staat – der Sowjetunion. Anders als das Zarenreich gestand die Sowjetmacht den Belarussen und Ukrainern aber eine gewisse symbolische Eigenständigkeit zu. Sie erhielten eigene Unionsrepubliken mit den äußeren Attributen von Staatlichkeit; ihre Sprachen, Kulturen und damit ihr Selbstbewusstsein nahmen in den 1920er Jahren einen großen Aufschwung. Sie waren die unmittelbaren Gewinner der Westexpansion der UdSSR 1939-1946, denn die neuen Gebiete wurden ihnen angegliedert. Die sprachlich-kulturelle Förderung des Ukrainischen und Belarussischen wurde allerdings schon in den 1930er Jahren zurückgenommen und nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine immer aggressivere Russifizierung ersetzt. Der Sowjetföderalismus stand zudem selbstverständlich unter dem Vorbehalt einer strikten kommunistischen Loyalität und uneingeschränkten Unterordnung unter den politischen Willen der Parteiführung in Moskau. Jedenfalls waren die kommunistisch sozialisierten ukrainischen und belarussischen Eliten zusammen mit den Russen ein wichtiges stabilisierendes Element in der Sowjetunion.

Die Gemeinsamkeit der beiden Völker in ihrem Verhältnis zum imperialen Zentrum fand eben darin ihren Ausdruck, dass die sowjetische Nationalitätenpolitik die Ukraine und Belarus weitgehend gleich behandelte. In den 1920er Jahren förderte die Politik der sogenannten Einwurzelung (Russisch „korenizacija“) in großem Stil einheimische Kader sowie Sprachen und Kultur von Ukrainern und Belarussen. Das Ziel war eine Sowjetisierung in den Sprachen der Republiken, um die Völker umso fester aneinander zu binden. Im folgenden Jahrzehnt verliefen auch die

Säuberungen und Verfolgungen der nationalen Kader in der Ukraine und in Weißrussland synchron. Allerdings wurde in Weißrussland keine Hungersnot organisiert – im Unterschied zur Ukraine (Holodomor 1932/33). Ansonsten trug der Stalinsche Terror in beiden Republiken die gleichen Züge.

Ukrainer und Belarussen bildeten zusammen mit den Russen tatsächlich den eigentlichen Kern des Vielvölkerreiches Sowjetunion. Belarussen und Ukrainer waren aus der Sicht des Imperiums die „jüngeren Brüder“, die zusammen mit dem älteren Bruder (d.h. den Russen) die Bürde des Imperiums trugen. Ihre sowjetisch sozialisierten Eliten waren in bestimmtem Umfang auch Nutznießer des Imperiums. Das galt natürlich nur unter der Voraussetzung, dass Belarussen und Ukrainer auf jede Form des nationalen Auftrumpfens oder gar Forderungen nach echter, d.h. nicht nur auf dem Papier bestehender Autonomie verzichteten und sich außerdem als „Außenposten“ der großen russischen Nation wahrnahmen.

Kein anderes Volk der Sowjetunion hat in vergleichbarer Weise zusammen mit den ethnischen Russen zur Stabilisierung und Konsolidierung der Sowjetunion beigetragen. Natürlich gehörte zu den Voraussetzungen für die erfolgreiche Erfüllung dieser politischen Aufgabe auch die zahlenmäßige Größe dieser beiden Völker. Die Ukrainer waren nach den Russen immer das größte Volk der Sowjetunion und stellten bei der Volkszählung im Jahre 1979 16,15% der Gesamtbevölkerung. Auf die Belarussen entfielen damals 3,61%, und sie waren bereits von den Usbeken überholt worden.⁴

Millionen von Ukrainern und Belarussen zogen in die fernsten Winkel des riesigen Landes – zumeist freiwillig als Fachkräfte und Funktionäre, aber auch unfreiwillig als Deportierte oder politische Gefangene. Sie haben dort – zumeist als Russophone – das Zentrum und die Sowjetmacht gegenüber den Einheimischen repräsentiert und in diesem Sinn stabilisierend gewirkt. Ebenso haben Ukrainer und Belarussen in großer

⁴ Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Baden-Baden 1986, S. 422.

Zahl als Kader an der Leitung des Sowjetimperiums in Moskau mitgewirkt. Begabte und Ehrgeizige, Abenteurer und Kreative aus der Ukraine und Weißrussland strebten über Jahrzehnte nach Moskau, um dort in Politik, Wirtschaft, Militär, Kultur und Wissenschaft ihr Glück zu suchen und Karriere zu machen. Das erklärt, warum es beim Zusammenbruch 1991 allenthalben an Führungskadern in Belarus und in der Ukraine fehlte.

Zu dem Preis, den Belarussen und Ukrainer für ihre Rolle als „jüngere Brüder“ bei der Stabilisierung des Imperiums zahlten, gehörte auch die rasch fortschreitende sprachliche Russifizierung. Kein anderes Volk mit einer eigenen Unionsrepublik gab in so hohem Maß die Sprache der eigenen Nation zugunsten des Russischen auf, und nirgendwo sonst außerhalb der Ukraine und Weißrusslands war zugleich das Russische als Zweitsprache so verbreitet.⁵ Dies war nicht selten die Vorstufe zur nationalen Assimilation an das Russentum, die in Weißrussland sowie in der östlichen und südlichen Ukraine voranschritt – ein in den anderen Unionsrepubliken praktisch unbekanntes Phänomen. Am Ende der sowjetischen Epoche besuchten in den Städten Weißrusslands, der östlichen und südlichen Ukraine die belarussischen bzw. ukrainischen Kinder durchgehend Schulen mit russischer Unterrichtssprache. Auch sonst spielten das Ukrainische und das Belarussische im öffentlichen Leben, in Wirtschaft und Wissenschaft und selbstverständlich in der Kommunistischen Partei nur noch eine marginale Rolle. Ausgenommen von der weitgehenden Durchsetzung des Russischen im öffentlichen Raum war lediglich die Westukraine mit Galizien. Der seinerzeitige Traum der Zaren von der einen großen russischen Nation, zu der auch Ukrainer und Belarussen gehören würden, schien der Verwirklichung nahe zu sein.

Aus all diesen Gründen ist verständlich, warum auch nach dem Ende der Sowjetunion viele in- und außerhalb Russlands davon ausgingen, dass der ostslawische „Dreibund“ erhalten bleiben oder doch bald erneuert würde, weil die Gemeinsamkeiten aus Geschichte und Gegenwart gar keine Trennung zuließen. Seit 1991 wurden zahlreiche Anläufe in diese Richtung unternommen, die Ergebnisse waren aber bescheiden – jeden-

⁵ Ebenda, S. 436.

falls gemessen an der (wie es schien) hochgradigen Integration in der Sowjetunion und den daran geknüpften rhetorischen Erwartungen des imperialen Diskurses in allen drei ostslawischen Staaten. Die GUS hat sich nach einem Bonmot des ersten ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk als Instrument einer zivilisierten Scheidung bewährt – aber eben nicht mehr. Der 1996 geschlossene Vertrag über eine Union zwischen Russland und Belarus blieb weitgehend Absichtserklärung, und das jüngste Integrationsprojekt, der Einheitliche Wirtschaftsraum zwischen Russland, der Ukraine, Belarus und Kasachstan von 2003, ging in der Orangen Revolution und wegen der Kiewer Vorbehalte gegen eine mögliche Übertragung von Souveränitätsrechten an suprastaatliche Organe unter.

Tatsächlich haben sich die drei ostslawischen Staaten in postkommunistischer Zeit in ganz unterschiedliche Richtungen entwickelt. Wenn man Russland hinsichtlich der Demokratisierung eine Art mittlere Position zuweist, bilden Belarus und die Ukraine die negativen und positiven Extreme: Belarus als hartes autoritäres System und die Ukraine als Land im Aufbruch zu einer Wertegemeinschaft mit dem Westen. Ungeachtet zahlreicher Gemeinsamkeiten aus Geschichte und Gegenwart haben sich die Länder also in postkommunistischer Zeit weit voneinander entfernt. Da das Leben keinen Stillstand kennt, muss dies natürlich nicht das letzte Wort sein. Die gegenwärtige Situation verlangt jedoch nach einer Erklärung.

3. Unterschiede

Es hatte eine weit reichende Fernwirkung, dass bei der Aufteilung Polens am Ende des 18. Jahrhunderts ein Teil der von Ukrainern bewohnten Territorien an Österreich fiel, das ganze belarussische Territorium aber an das Zarenreich. In Galizien hat sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Schutz des österreichischen Verfassungsstaates eine moderne ukrainische Nationalbewegung entfalten und Vorläufer aus der östlichen Ukraine aufnehmen können, die dort unter russischer Herrschaft erstickt wurden. Die Ansätze für ein eigenständiges belarussisches Nationalbewusstsein blieben im Zarenreich bis in das frühe 20.

Jahrhundert hinein sehr schwach. Die politischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen fehlten: Es gab im 19. Jahrhundert in Weißrussland weder eine einheimische Intelligenzschicht als potenziellen Schöpfer eines nationalen Bewusstseins noch eine des Lesens und Schreibens kundige Bauernschaft als Rezipient oder eine Kirche, die als Träger und Verstärker dienen konnte. Die unierte Kirche auf belarussischem Gebiet und ihre Geistlichen waren polnisch und der polnischen nationalen Idee zugewandt. Die orthodoxe Kirche war Teil der russischen Staatskirche. In Galizien dagegen spielte die unierte Geistlichkeit eine Schlüsselrolle bei der Herausbildung und Verbreitung der ukrainischen nationalen Idee.

Der belarussische Nationalismus verspätete sich deshalb gegenüber dem ukrainischen um 60-80 Jahre.⁶ Einer der Gründe war die fehlende soziale Basis. Um 1900 waren mehr als drei Viertel der Belarussisch sprechenden Bevölkerung Analphabeten; nur drei von 1.000 Personen besaßen eine Sekundar- oder Hochschulbildung. Es gab keine regelmäßig erscheinende Zeitung in belarussischer Sprache. In keiner Schule oder Kirche im ganzen Zarenreich war die belarussische Sprache Unterrichtssprache. „An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren die Belarussen schlechter auf die Herausforderungen der Modernisierung vorbereitet als die Juden, Russen und Polen [auf dem Territorium Weißrusslands, G.S.]. Im Vergleich zu ihnen waren die Belarussen ärmer, weniger gebildet und weniger urbanisiert“.⁷ Erst nach 1922, also bereits in sowjetischer Zeit, wurde Minsk zum belarussischen nationalen Zentrum. Im 19. Jahrhundert stellten die Belarussisch sprechenden Bewohner hier wie auch in Vilnius weniger als 10% der Bevölkerung.

Für die Entfaltung eines eigenständigen belarussischen Nationalbewusstseins fehlten auch in der Bevölkerung verwurzelte und abrufbare historische Erinnerungen, die etwa dem Kosakenmythos bei den Ukrainern vergleichbar gewesen wären. Die historische Tradition des Großfürstentums Litauen als Teil der belarussischen Vergangenheit wurde erst am Ende des 20. Jahrhunderts für die eigene Erinnerungskultur und Geschichtspolitik entdeckt und fruchtbar gemacht. Im 19. Jahrhundert gab

⁶ Valer Bulgakov: Istorija beloruskogo nacionalizma. Vil'njus 2006, S. 303.

⁷ Ebenda, S. 279.

es „in der belarussischen Folklore keine populären Lieder, Legenden und andere mündliche Überlieferungen, in denen Traditionen der politischen Eigenständigkeit kultiviert worden wären, in denen die eigenen Siege und Helden gepriesen, in denen das gute, alte Rechte popularisiert worden wäre und in denen die Sehnsucht nach der verlorenen Freiheit Ausdruck gefunden hätte“.⁸ Ja, mehr noch, es fehlte ein von der Tradition geadelter historischer Raum „Belarus“.⁹

Wegen der Schwäche eigenständiger nationaler Bestrebungen waren die sowjetische Ideologie und Politik umso erfolgreicher. In gewisser Hinsicht schufen die Bolschewiki mit ihrem Projekt einer Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik von 1919 jenen historischen Raum, in dem nun die sozialistische belarussische Nation entstand. Dazu mussten keine „bürgerliche“ Nation und Kultur verdrängt werden, denn so etwas hatte nicht existiert. Nach einer kurzen Periode der nachdrücklichen Förderung der belarussischen Sprache und Kultur durch die sowjetische Nationalitätenpolitik in den 1920er Jahren schwenkte das Projekt „belarussische sozialistische Nation“ mühelos wieder auf die russische Sprache und Kultur ein. Nationale oder national-kommunistische Vorbehalte oder gar Widerstand wie in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik gab es nicht.

Auch im westlichen Weißrussland, das von 1918 bis 1939 als sogenannte Kresy zu Polen gehörte, vermochte sich keine eigenständige belarussische Nationalbewegung herauszubilden. „Die belarussischen Erneuerer, der eine leicht, der andere schweren Herzens, schlossen sich dem Projekt des neuen roten Weges an – dem Kommunismus. Im Ergebnis entstand in den Östlichen Kresy das neue Bewusstsein: Belarusse, das heißt Kommunist“.¹⁰ Der Gegensatz zur Westukraine in dieser Zeit hätte kaum schärfer sein können. In Galizien und Wolhynien stand die ukrainische Bevölkerung weitgehend geschlossen hinter den ukrainischen Nationalisten, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg bis etwa 1950 der Sowjetisierung auch militärischen Widerstand entgegenseetzten.

⁸ Ebenda, S. 288.

⁹ Ebenda, S. 300.

¹⁰ Sjarzej Dubavec': Proekt Bilarus'. In: Sučasnist', 8/2006, S. 112.

Während in Belarus sowjetische Partisanen in großer Zahl gegen die deutsche Besatzungsmacht während des Zweiten Weltkriegs kämpften, war der ukrainische Widerstand zwischen der Ukrainischen Aufständischen-Armee (UPA) im Westen der Ukraine, die für die nationale Unabhängigkeit focht, und den sowjetischen ukrainischen Partisanen aus der östlichen Ukraine tief gespalten. Die einen führten einen nationalen Befreiungskrieg für einen ukrainischen Nationalstaat, die anderen kämpften im Großen Vaterländischen Krieg für die Bewahrung der Sowjetunion. Dagegen waren die belarussischen Soldaten und Partisanen alle im Großen Vaterländischen Krieg. In der offiziellen belarussischen Erinnerungspolitik ist dies – auch unter dem nationalen Aspekt – bis heute die zentrale Epoche. Lukaschenka machte den 3. Juli als „Tag der Befreiung vom Faschismus“ zum Nationalfeiertag.

Vor dem Hintergrund der Heroisierung des Partisanenkampfes wurde „der Kommunismus zum Mittelpunkt der nationalen Idee und der Sowjetismus zur Überzeugung des belarussischen Volkes“.¹¹ Zugleich setzte nach dem Zweiten Weltkrieg mit voller Kraft eine kulturelle Russifizierung ein, die häufig in eine nationale Assimilation überleitete. Insofern war aus der Sicht der sowjetischen Führung die Belarussische Sowjetrepublik ein Vorzeigeobjekt gelungener sowjetischer Nationalitätspolitik: Die nationalen Aspirationen waren sowjetisch, und die eigene Sprache, Kultur und Tradition wurden gegenüber dem Russischen als minderwertig wahrgenommen.

Was hat nun die nur schwach ausgebildete nationale Identität der Belarussen mit den Demokratiedefiziten im heutigen Belarus zu tun? In der europäischen Geschichte hat sich die Demokratie überall in enger Verbindung mit einer nationalen Identität entwickelt. Diese ist zwar keineswegs eine Garantie für die Entstehung einer Demokratie, doch umgekehrt hat sich nirgends ein demokratisches System ohne Bindung an eine Nation konsolidieren können. Nation und Demokratie beruhen gleichermaßen auf den Prinzipien der Volkssouveränität und Rechtsgleichheit. Damit unterscheiden sie sich von ständisch, rassisch oder klassenmäßig gegliederten Gesellschaften. Ohne Zweifel kann die Nation zu einer Ge-

¹¹ Ebenda, S. 112.

fahr für die Demokratie werden, wenn sie sich exklusiv und ausschließlich im Gegensatz zu anderen Nationen definiert. Dennoch ist die Demokratie in der Formationsetappe auf die Nation als ihren Träger angewiesen.

Auch in postkommunistischer Zeit ist es nicht gelungen, eine breite nationale und zugleich demokratische Bewegung in Belarus aufzubauen. Die national-patriotischen Ansätze etwa der Belarussischen Volksfront aus der Wendezeit (d.h. um 1990) vermochten keine längerfristige Prägekraft zu entfalten. Dagegen war das autoritäre Präsidialregime, das Lukaschenka nach 1994 errichtete, auch deshalb so erfolgreich, weil es an die mentalen Voraussetzungen anknüpfte, die in Belarus vorhanden waren – in einer Gesellschaft, die autoritäre und diktatorische Politik mit Recht und Ordnung identifizierte und nationale Identität in Distanz zu Russland ablehnte. So konnte die Lukaschenka-Führung einige Jahre an ihrem Projekt arbeiten, das im Grunde eine Quadratur des Kreises ist, nämlich die (Wieder-)Vereinigung mit Russland und zugleich die Bewahrung der 1991 erlangten Souveränität. Diese letztlich unvereinbare Zielkombination dürfte im Lande populär sein, weil sie den merkwürdigen Halbheiten der belarussischen Entwicklung entspricht.

In den letzten Jahren allerdings, in denen sich die Lukaschenka-Führung durch innere Umstände wie auch die Politik Russlands zunehmend dazu gedrängt sieht, zwischen den beiden Zielen zu wählen, entscheidet sie sich für die Souveränität; die (Wieder-)Vereinigung mit Russland wird in der Priorität zurückgestuft. Diese Option für den Fortbestand eines unabhängigen Belarus und die implizite Absage an den Anschluss an Russland wird für die innere Entwicklung des Landes weit reichende Folgen haben, denn sie bedeutet, dass Belarus in Zukunft nationale Identität und Nationalbewusstsein benötigen wird. Ohne die konsolidierende Kraft eines gemeinsamen nationalen Mythos gibt es auf Dauer keine Eigenstaatlichkeit. Es wird nicht mehr möglich sein, diese nationale Idee wie in zaristischer und sowjetischer Zeit einfach in Russland zu „borgen“.

Das offizielle Minsk macht inzwischen für seinen Anspruch auf Unabhängigkeit auch ein gewichtiges historisches Argument geltend: das mit-

telalterliche Großfürstentum Litauen. Ein enger Mitarbeiter Lukaschenka schrieb:

„Was nun die vorgeschlagenen Varianten der Eingliederung von Belarus nach Russland betrifft, eines ‚Anschlusses‘ [im Original auf Deutsch, G.S.] wie man das bei uns genannt hat, so wurden derartige Szenarien niemals von uns ernsthaft erwogen. ... Die vom russischen Präsidenten vorgeschlagene skandalöse offizielle Variante eines Beitritts von Belarus zu Russland ... steht in keinerlei Beziehung zu den Vereinigungsvorschlägen, die in all diesen Jahren von Belarus gemacht worden sind. ... Man kann natürlich an die Zarenzeit erinnern, als Belarus ein Gouvernement oder eine Region war, aber man kann auch an das Großfürstentum Litauen erinnern, den Staat der heutigen Belarussen, die sich Litvinen nannten, der fast bis nach Moskau und ans Schwarze Meer reichte“.¹²

Auch Lukaschenka persönlich hat wiederholt Moskau bezichtigt, von einem „Anschluss“ zu träumen, und solche Begehlichkeiten zurückgewiesen. Mit der Einführung des Großfürstentums Litauen in die Erinnerungskultur und damit in die Geschichte als Leben nähert sich Belarus der Ukraine an, die mit der Erinnerung an das Hetmanat der Kosaken seit langem auf einer von Moskau unabhängigen genuinen staatlichen Tradition besteht.

Während allerdings die Zeit der ukrainischen Kosaken egalitäre und demokratische Visionen beflügelt, kann die belarussische Erinnerung an das Großfürstentum Litauen lediglich den Anspruch auf staatliche Unabhängigkeit von Moskau aus der Geschichte ableiten und begründen. Als historische Rückbindung und Rechtfertigung für eine nationale und demokratische Opposition gegen das autoritäre Präsidentschaftsregime vermag die Erinnerung an das Großfürstentum Litauen wenig zu leisten. Der Opposition gegen Lukaschenka fehlt nicht nur organisatorische, sondern auch ideologische Geschlossenheit, obwohl es immerhin gelang, bei den Präsidentschaftswahlen im März 2006 mit Alexander Milinkewitsch einen gemeinsamen Kandidaten zu präsentieren.

Ideologisch ist der Widerstand gegen das Regime Lukaschenka zwischen nationalen und demokratischen Kräften gespalten, die einander

¹² Valer Capkala, zitiert nach: Valer Bulgakov: Čomu Bilorus' ne Avstrija, a ěvrazijs' ka satrapija? In: Sučasnist', 8/2006, S. 98.

teilweise in erbitterter Feindschaft gegenüberstehen. Die Belarussisch sprechenden nationalen Aktivisten werden nicht nur vom Lukaschenka-Establishment, sondern auch von Russisch sprechenden Liberalen verdächtigt, belarussische Fundamentalisten zu sein und eine mehr oder weniger zwangsweise Belarussifizierung anzustreben. Das erscheint aber schon deshalb abwegig, weil die Belarussophonen im Land eine Minderheit sind, deren Anteil auf irgendwo zwischen 5-7% und 40-45% der Bevölkerung geschätzt wird.¹³

Umgekehrt halten die Belarussisch sprechenden nationalen Aktivisten den demokratischen Russophonen vor, mit ihrem Projekt des Widerstandes gegen die Diktatur gescheitert zu sein. Die kulturellen Leuchttürme des russophonen liberalen Projekts wie die Zeitung „Belorusskaja delovaja gazeta“ und die Europäische Geisteswissenschaftliche Universität wurden vom autoritären Präsidialregime marginalisiert.¹⁴

Eine aus der Gesellschaft kommende Alternative zur Diktatur kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, demokratische und nationale Kräfte zu bündeln; wenn die Demokraten das nationale Potenzial (und v.a. die belarussische Sprache) nutzen; und wenn die nationalen Kräfte sich die europäischen demokratischen Werte aneignen. Das kann man am ukrainischen Beispiel lernen. Bei allen Vorbehalten angesichts der endlosen Regierungskrisen in der Ukraine ist doch festzuhalten, dass die demokratischen Kräfte am 30. September 2007 zum dritten Mal in Folge einen – wenn auch sehr knappen – Sieg bei Wahlen errungen haben. Das war nur möglich, weil nationale und demokratische Antriebe und Kräfte zusammenwirkten und einander sowohl verstärkten als auch mäßigten. Sie haben die Chance, das Land in Zukunft zu regieren.

Demgegenüber hat Lukaschenka seit Mitte der 1990er Jahre sein autoritäres Regime auch dadurch gefestigt, dass er die nationale Symbolik aus der Wendezeit wieder abschaffte – ein einmaliger Vorgang im postkommunistischen Osteuropa. So wurde die russische Sprache zur „zwei-

¹³ Ebenda, S. 97.

¹⁴ Ebenda, S. 96. – Die Universität wurde von Minsk nach Vilnius (Litauen) vertrieben.

ten“ Staatssprache erhoben – tatsächlich jedoch zur ersten, denn das Belarussische nimmt nur einen marginalen Platz ein, z.B. zur Beschriftung von Siegeln, Briefmarken und manchen Produkten. Das unterscheidet sich nicht wesentlich von der dekorativen Rolle dieser Sprache in sowjetischer Zeit. In der Missachtung und Hintansetzung der belarussischen Sprache wurde Lukaschenka von russophonen liberalen Kräften unterstützt. Die nationalen belarussischen Gruppen waren zu schwach, um einen ernsthaften Widerstand zu organisieren.

In der Ukraine dagegen macht die Ukrainisierung z.B. des Bildungswesens deutliche Fortschritte. 84% der Kinder besuchen Kindergärten, in denen das Ukrainische Umgangssprache ist.¹⁵ Aber gleichzeitig gibt es in den östlichen und südlichen Landesteilen Forderungen, das Russische zur zweiten Staatssprache zu machen; dies gehört etwa zum Programm der Partei der Regionen von Ex-Ministerpräsident Viktor Janukowitsch. Überhaupt begegnet man in der östlichen Ukraine einem imperialen Diskurs, der sich kaum von dem des Lukaschenka-Regimes unterscheidet. Allerdings ist das, was in Belarus dominiert, in der Ukraine inzwischen in einer Minderheitsposition.

Besondere Aufmerksamkeit mit seinen skandalträchtigen Äußerungen erreichte Mykola Lewtschenko, Funktionär der Partei der Regionen und Sekretär des Stadtrates von Donezk: „Die ukrainische Sprache ist die Sprache der Folklore. Und wenn das Russische Staatssprache wird, dann entfällt einfach die Notwendigkeit, Ukrainisch zu sprechen. ... Wir wollen Realisten sein. Eine zweite Staatssprache ist nicht mehr als eine Formalität. In der Ukraine muss es eine Staatssprache geben – das Russische. Und so wird es auch früher oder später kommen“.¹⁶ Lewtschenko, geboren 1979, ließ auch keine Zweifel daran, dass es ihm nicht nur um die Sprachenfrage geht: „Wenn von ‚Unabhängigkeit‘ gesprochen wird, dann verstehe ich nicht von wem. ... Alle drei ostslawischen Län-

¹⁵ Statystyčnyj ščoričnyk Ukraïny za 2005 rik. Kyïv 2006, S. 454.

¹⁶ U Donec’ku vyrišyly, ščo Uktjini dijsno potriiba odna deržavna mova – rosij’s’ka. In: proUA.com, 22.2.2007, <http://ua.proua.com/news/2007/02/22/143020.html> (abgerufen 7.2.2008).

der müssen sich wieder vereinigen“.¹⁷ Dieser Diskurs, der „das eigene Volk und Land mit den Augen der Kolonisatoren sieht“,¹⁸ ist zwar in der Ukraine nicht mehrheitsfähig, hat aber im Osten und Süden viele Anhänger. Das gilt im Übrigen auch für Lukaschenka, mit dem in der Partei der Regionen manche sympathisieren. Lewtschenko wurde zwar allenthalben auch in der eigenen Partei gerügt, behielt aber seine Posten. Hier wird deutlich, dass die politische kulturelle Prägung in Belarus und in den östlichen Landesteilen der Ukraine manches gemeinsam hat – und zwar in einem antiwestlichen und proimperialen Sinn.

4. Autoritäres Präsidialsystem versus Orange Revolution

Die Unterstützung der östlichen und südlichen Landesteile der Ukraine reichte nicht aus, Leonid Kutschmas Projekt eines autoritären Präsidialregimes zum Erfolg zu verhelfen. Demgegenüber setzte Lukaschenka in Belarus seine Präsidialherrschaft hart durch und verteidigte sie bislang gegen jede demokratische und nationale Opposition. 1994 fand sowohl in Belarus wie in der Ukraine ein wirklicher Machtwechsel statt, jeweils legitimiert durch freie Wahlen. In Belarus wurde Lukaschenka Präsident, in der Ukraine Kutschma. Lukaschenka, der Präsident aus dem politischen Nichts, hat in den Jahren danach ein hartes autoritäres Regime etabliert, durch einen Verfassungscoup 1996 und diverse Referenda die Grundlagen für eine Diktatur geschaffen und seine Ablösung von der Macht bislang erfolgreich verhindert. Kutschma, dessen politische Ziele sich in der Innenpolitik nicht wesentlich von denen Lukaschenkas unterschieden, hat dagegen die Orange Revolution provoziert, die einen neuerlichen Machtwechsel herbeiführte.

Wenn man erklären will, warum Lukaschenka etwas gelungen ist, was Kutschma in der Ukraine vergeblich angestrebt hat, kommt man am persönlichen Faktor nicht vorbei: Lukaschenka war und ist in höherem Maß ein Mann der harten Hand, entschlossen, jeden Widerstand zu brechen,

¹⁷ Zitiert nach: Serhij Hrabovs'kyj: Branci imperskoho dyskursu. In: Sučasnist', 4-5/2007, S. 117.

¹⁸ Ebenda, S. 115.

nicht wählerisch in seinen Mitteln und ohne Rücksicht auf sein Image im westlichen Ausland. Zudem hat ihm die Anlehnung an Russland geholfen. Die Konsolidierung von Lukaschenkas diktatorischem Regime, an dem seit dem Verfassungscoup von 1996 gebaut wird, fiel mit dem Aufstieg von Wladimir Putin zum Präsidenten Russlands zusammen. Die zunehmende Einschränkung von Demokratie und Meinungsfreiheit in Russland konnte der belarussische Herrscher nur als Bestätigung und Unterstützung seines eigenen Kurses auffassen. Dabei ist unerheblich, dass die persönlichen Beziehungen zwischen Putin und Lukaschenka keineswegs freundschaftlicher Art sind.

Lukaschenka hat in Belarus jene Voraussetzungen verhindert, die in der Ukraine eine Orange Revolution erst möglich gemacht haben. Drei dieser Vorbedingungen für einen neuen demokratischen Aufbruch sollen hier benannt werden.

Erstens zeigen vergleichende Untersuchungen in postkommunistischen Gesellschaften, dass eine politische Opposition die Möglichkeit haben muss, einen demokratischen Aufbruch über längere Zeit hinweg vorzubereiten. Dies war in Kutschmas Ukraine möglich. Lukaschenka hat dagegen seit Mitte der 1990er Jahre die legale Opposition durch Repressalien ohnmächtig gehalten. Seit der de facto-Außerkraftsetzung der belarussischen Verfassung 1996 gibt es keine parlamentarische Opposition mehr. Vielmehr muss sich die Opposition mühsam und stark behindert jedes Mal vor Wahlen neu sammeln und konstituieren. Nach gefälschten Wahlen wird dann oppositionelle Arbeit in der Öffentlichkeit unmöglich gemacht. Demgegenüber war in der Ukraine eine – wenngleich behinderte – Oppositionsarbeit in der Obersten Rada (Parlament) auch in der tiefsten Kutschma-Zeit möglich, und die Opposition verfügte über Reste an Medienpräsenz.

Zweitens hat das Lukaschenka-Regime eine Spaltung der Eliten verhindert. Nach außen sind jedenfalls keine Risse in der Geschlossenheit sichtbar geworden. Voraussetzung für die gewaltlose Orange Revolution in der Ukraine war, dass sich ein Teil der Eliten gegen das Kutschma-Regime stellte und dies auch die Öffentlichkeit zunehmend erkannte. Zwar soll es auch in Belarus zahlreiche Angehörige verschiedener Elite-

Gruppen geben, die ein Ende des jetzigen Regimes wünschen und auf den Tag X warten, doch können sie nicht zu Katalysatoren eines Wandels werden, weil sie sich nicht öffentlich artikulieren. Anders als in der Ukraine scheint es dem in Minsk herrschenden Regime auch nach wie vor zu gelingen, Polizei und Sicherheitsorgane loyal an sich zu binden.

Drittens: Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg der Orangen Revolution war die Massenmobilisierung auf dem Höhepunkt des Aufbruchs. Eine solche hat das Lukaschenka-Regime bislang immer durch massive Polizeieinsätze unterbunden. Zwar gab es immer wieder Demonstrationen (so nach den gefälschten Präsidentenwahlen im März 2006), doch haben sie niemals Dimensionen wie in der Ukraine im Herbst 2004 erreicht, wo ein gewaltsamer Polizeieinsatz faktisch nicht mehr möglich war.

Schließlich ist zu bedenken, dass die Herrschenden in Belarus aus den erfolgreichen und gescheiterten Versuchen von „bunten Revolutionen“ in anderen GUS-Ländern in den vergangenen Jahren gelernt haben. Sowohl in Russland wie in Belarus sind die Maßnahmen zur prophylaktischen Abwehr von demokratischen Aufbrüchen massiv verstärkt worden.

5. Perspektiven

Bedeutet das alles, dass die „Anomalie Belarus“ – denn um eine solche handelt es sich im Osten Europas – auf absehbare Zeit fortbestehen wird? Zwar haben sich in der Ukraine keineswegs alle Hoffnungen aus der Orangen Revolution erfüllt, aber der Weg in die Demokratie ist offen geblieben. Russlands autoritäres Präsidentialregime ist milder als jenes in Belarus. Belarus steht im Umfang der Repression den Diktaturen im postsowjetischen Zentralasien nahe, obwohl – oder vielleicht gerade weil – Polen sein Nachbar ist.

Die Prognosen für den zukünftigen Weg von Belarus sind sehr unterschiedlich. Einige Analytiker sehen das Lukaschenka-Regime kurz vor

dem Fall.¹⁹ Dabei wird insbesondere auf die zunehmend prekäre wirtschaftliche Lage verwiesen, weil Russland nicht mehr bereit sei, Lukaschenka unbegrenzt durch Subventionen zu stützen. Das „belarussische Wirtschaftswunder“²⁰ ist ja wesentlich von Russland finanziert und zugleich die Voraussetzung für die andauernde Popularität Lukaschenkas in der belarussischen Bevölkerung. Ohne die politische und wirtschaftliche Unterstützung Russlands werde er sich, so manche Beobachter, nicht an der Macht halten können.

Auch die politische Opposition im Land geht davon aus, dass das diktatorische Regime eines Tages nachgeben wird müssen. Oppositionsführer Milinkewitsch glaubt an eine Chance für die Freiheit, ist Belarus doch ein europäisches Land. „Die ‚Revolution in den Köpfen‘ hat schon stattgefunden“. Die Menschen „erheben sich von den Knien“.²¹ Unter dem Eindruck der erfolgreichen Orangen Revolution gab es im Jahr 2005 viel Optimismus, der allerdings bald wieder abflaute. Während der profilierte Belarus-Experte Vitali Silitski das Regime Lukaschenka zunächst für beinahe unerschütterlich gehalten hatte,²² kam er nach dem Umbruch in der Ukraine zu der Einschätzung, dass es durchaus fallen könnte.²³

Andere Fachleute halten dem entgegen, dass sich das Regime im vergangenen Jahrzehnt sicher in seiner „Festung“ verschanzt habe. Die pro-Lukaschenka-Eliten seien loyal und ausreichend mit Privilegien ausgestattet. Die Bevölkerung insbesondere auf dem Lande sei an Politik nicht interessiert oder stehe zum Regime, das ein auskömmliches Dasein garantiere. Außerdem sei Belarus in bestimmtem Umfang nach außen offen. Reisen ins Ausland sind möglich, so dass der Druck im Kessel nicht zum Explosionspunkt ansteigen werde.²⁴

¹⁹ Vgl. Uladzimir Rouda: Prospects for Democracy. In: Michael Emerson (Ed.): Democratization in the European Neighbourhood. Brüssel 2005, S. 71-92.

²⁰ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Havlik in der vorliegenden Broschüre.

²¹ Šljach svobody (Interview mit Milinkewitsch). In: Sučasnist', 8/2006, S. 63, 69.

²² Vitali Silitski: Preempting Democracy: The Case of Belarus. In: Journal of Democracy, 4/2005, S. 83-97.

²³ Ders.: Počatok revoljuciji duchu. In: Sučasnist', 8/2006, S. 102-104.

²⁴ Serhij Hrabovs'kyj: Ščo robyty z „ostann'oju diktaturoju Ėvropy“? In: Sučasnist', 8/2006, S. 81-90.

Dies legt eine evolutionäre Entwicklung nahe, die in längerfristiger Perspektive zur Überwindung des autoritären Regimes führen könnte. Jedenfalls wird es für Lukaschenka schwieriger, seine Legitimität durch vergleichsweise großzügige Sozialleistungen zu sichern, die wesentlich auf russischen Subventionen für Gas und Öl beruhen. Russland hat die Preise bereits erhöht und angekündigt, sie bis 2011 auf Weltmarktniveau zu bringen.²⁵

Es ist festzuhalten, dass in Belarus eine verspätete und nachholende Nationsbildung in Gang kommt. Sie hat zwei unterschiedliche Wurzeln: Erstens die staatliche Unabhängigkeit, die den Bewohnern als Zerfallsprodukt der Sowjetunion in den Schoß fiel und nicht, wie in der Regel in der europäischen Geschichte, Ergebnis einer Nationalbewegung für die Selbstständigkeit war. Dieser Staat ist also ein typisches Produkt des Postkommunismus. Die Führung um Lukaschenka hat diesen Staat anfangs sogar abgelehnt. Zweitens hat der neue Staat das Potenzial, eine Nation hervorzubringen. Dies muss, wenn es erfolgreich sein soll, unter Einbeziehung der nationalen Kräfte, Motive und Ambitionen geschehen. Dazu gehören die belarussische Sprache und Kultur. Nur die weitere Entwicklung dieser zweiten Wurzel eröffnet die Perspektive für einen demokratischen Weg und die Überwindung des postkommunistischen Autoritarismus.

Je länger die Eigenstaatlichkeit andauert, umso größer und bestimmender wird die Schicht der postkommunistischen Eliten, die diese Eigenstaatlichkeit als etwas Selbstverständliches wahrnehmen. Das trägt zur Ausbildung des Bewusstseins einer Staatsnation bei. Die nachwachsenden belarussischen Eliten werden sich ihr Dasein immer weniger als Einwohner einer russischen Provinz vorstellen können.

Das Lukaschenka-Regime hat sich seit der Mitte der 1990er Jahre zu einer Reintegration mit Russland in einem „Unionsstaat“ verpflichtet. Lukaschenka hat aber unmissverständlich deutlich gemacht, dass ein

²⁵ Heinz Timmermann: Belarus unter Lukaschenko. Zwischen Russland und der EU. In: Landeszentrale für politische Bildung: Nach der „Orangen Revolution“. Reihe „Der Bürger im Staat“, 4/2005, S. 191-199 mit weiteren Literaturhinweisen.

Herabsinken auf die Position eines russischen Gouverneurs für ihn undenkbar ist. Belarus ist auch nicht die DDR, deren Einwohner mehrheitlich schließlich die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland wollten. Vieles spricht also dafür, dass Belarus bei aller Fragilität und Unsicherheit über sich selbst nicht wieder von der Landkarte verschwinden wird.

Manche Voraussetzungen für die Bildung einer Staatsnation, so die vergleichsweise große ethnische Homogenität, stimmen optimistisch. Von den knapp 10 Mio. Einwohnern Belarus' waren 2004 81% Belarussen, 11% ethnische Russen und 4% Polen.²⁶ Es hat in der Vergangenheit keine nennenswerten ethnischen Konflikte gegeben, und sie sind auch in der Zukunft wenig wahrscheinlich. Der zentrale innenpolitische Konflikt verläuft vielmehr zwischen dem postkommunistischen autoritären System und jenen, die Belarus auf einen europäischen Weg führen wollen. Beide Seiten treten für die staatliche Selbständigkeit ein; niemand will sie völlig beseitigen.

Die Zukunftsfrage lautet also nicht, ob es ein unabhängiges Belarus geben wird, sondern was für ein Staat und welche Gesellschaft das sein wird – mit einer dauerhaften Verfestigung des Autoritarismus oder einem Aufbruch in eine demokratische Entwicklung. Der Weg nach Europa führt über die Konsolidierung der belarussischen Nation. „Die Nationsbildung bleibt die einzige realistische Methode für einen Übergang Weißrusslands zu einer demokratischen Ordnung“. Nur so kann aus einer „Bevölkerung, die vom Komplex ihrer kulturellen Minderwertigkeit besessen ist“, ein Subjekt der Geschichte werden.²⁷ Nationsbildung im belarussischen Fall bedeutet weder die Ethnisierung aller Verhältnisse noch die Verdrängung der russischen Sprache. Nationsbildung muss vielmehr ein möglichst hohes Maß an Bilingualismus anstreben, was in der Praxis die nachdrückliche Förderung der belarussischen Sprache bedeuten würde. Das Ziel muss die Schaffung einer Staatsbürgernation

²⁶ Dagmar Meyer: Belarus (Weißrussland) im Überblick, in: Landeszentrale für politische Bildung: Nach der „Orangen Revolution“. Reihe: Der Bürger im Staat, 4/2005, S. 200.

²⁷ Bulgakov, Istorija, S. 329.

sein, die elementare demokratische Rechte für sich fordert – so z.B. faire und freie Wahlen. Bis dahin ist noch ein weiter Weg zurückzulegen. Unerreichbar ist das Ziel nicht.